

## Experte: Markt hat sich in der Krise bewährt

Wien (energate) - Die Auswirkungen des Ukrainekrieges werden sich langfristig positiv auf den Klimaschutz und die Energiewende auswirken. Kurzfristig ist jedoch weiter mit negativen Folgen des Konflikts zu rechnen, sagte Felix Müsgens vom Lehrstuhl Energiewirtschaft an der BTU Cottbus, im Rahmen eines Vortrags bei der Internationalen Energiewirtschaftstagung 2023 (IEWT) in Wien. Insgesamt werde die Energiewende durch das Ereignis schneller vollzogen werden, als das vor der Krise der Fall gewesen sei. Ein wesentlicher Faktor hierfür sei etwa der Bedeutungsverlust von Erdgas als Brückentechnologie in Folge des Ukrainekrieges. Durch die Krise zeige sich auch, dass über das Thema Versorgungssicherheit die Akzeptanz von erneuerbaren Energien und deren Ausbau stark zugenommen hat. Da erneuerbare Energien regional erzeugt würden, lösten sie zudem Abhängigkeiten, wie sie im Bereich der fossilen Energieträger vorhanden sind. Spätestens seit Ausbruch der Krise sei auch klar, dass Erneuerbare wirtschaftlich betrieben werden können, meinte Müsgens. Dennoch stelle der angepeilte Zubau bis 2030 eine immense Herausforderung dar. Höhere CO<sub>2</sub>-Emission durch Umstieg auf Kohle und Erdöl Auf der anderen Seite erweisen sich der Ukrainekrieg und seine Folgen als kurzfristig negativ für den Klimaschutz und die Energiewende. So macht es die Krise etwa erforderlich, Erdgas durch andere Energieträger zu ersetzen. Da ein völliger Umstieg auf erneuerbare Energien nicht möglich ist, müssen konventionelle Alternativen wie etwa Kohle und Erdöl eingesetzt werden. Diese wie-

derum erhöhten die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Besonders die Rückkehr der Kohle führte 2022 in Deutschland dazu, dass die Emissionen im Vergleich zum Vorjahresniveau stagnierten, erklärte Müsgens. Zwar sei der Primärenergieverbrauch durch Energiesparmaßnahmen und Produktionsrückgänge um knapp fünf Prozent gesenkt worden, gleichzeitig steigerte die Abkehr von Erdgas und die Hinwendung zu Kohle und Öl die Emissionen deutlich. "Markt hat während der Krise funktioniert" Was die Krise aber auch gezeigt habe, war dass sich die Koordination der Märkte bewährt habe, so Müsgens. So haben die Energiemärkte nach Ausbruch des Krieges sofort mit steigenden Preisen reagiert. Dadurch wurde ein zusätzliches Angebot, etwa bei LNG, angeregt, was wiederum zu einer verringerten Nachfrage beziehungsweise Einsparungen geführt hat. Hierbei zeigte sich, dass der Markt genau das getan habe, wofür er konzipiert wurde, nämlich Angebot und Nachfrage in ein Gleichgewicht zu bringen, erklärte Müsgens. Um die stark gestiegenen Kosten bei den Konsumenten abzdämpfen, brauche es daher vor allem sozialpolitische Maßnahmen. Zwar könne über das Marktdesign diskutiert werden, aber es dürfe zu keiner voreiligen Überregulation kommen. Infrastrukturreserven seien zudem außerhalb des Marktes entstanden. Insgesamt zeigte sich durch die Krise, dass freie Kapazitäten vielfach in regulierten Bereichen und damit außerhalb des Marktes gelegen haben. Hierbei geht es vor allem um LNG-Terminals in Europa, Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland und internationale Lei-

tungskapazitäten im Strom- und Gasmarkt, sagte Müsgens. "Gaspreis wird nicht mehr auf Vor-Krisenniveau zurückkehren" Der Experte spricht sich für die Einführung nationaler beziehungsweise europäischer Erdgasreserven aus. Zusätzlich müsse die Übertragbarkeit auf Stromerzeugungskapazitäten erforscht werden, meinte Müsgens. Insgesamt zeige die Krise auch, dass erneuerbare Energieträger gegenüber konventionellen Energien wettbewerbsfähiger werden. Das sei einerseits auf den Technologiefortschritt bei den Erneuerbaren zurückzuführen und andererseits auf die Kostensteigerungen bei den fossilen. Müsgens rechnet nicht damit, dass Erdgas wieder auf das Preisniveau von vor der Krise zurückkehren wird. Auch bleibe LNG preisbestimmend. "Es fehlt nicht an Geld, sondern an Flächen" Trotz alledem werde der Zubau der Erneuerbaren in den kommenden Jahren eine massive Herausforderung. Zwar stünden die Investoren bereit, aber es fehle an den Flächen. Hier zeige sich dann wieder ein Mangel an Akzeptanz, meinte Müsgens. Ein weiteres Problem für den Erneuerbaren-ausbau sei die überbordende Bürokratie. Erneuerbare Erzeugungsanlagen, wie etwa Windräder, brauchten viele Jahre bis zu ihrer Umsetzung. Das bedeute, dass - um die Ausbauziele bis 2030 zu erreichen - die notwendigen Anlagen bereits jetzt in der Pipeline stecken müssten. Hier brauche es eine deutliche Beschleunigung, so Müsgens. Nur wenn die Ausbauziele bis 2030 erreicht werden, könne das Energiesystem stabil und versorgungssicher sein. /af

Wörter:

626